

giesischen Verfassungsgerichts abwarten, um dann zu prüfen, ob die europäische Menschenrechtskonvention auch im Falle Macau angewendet werden kann. (NZZ, 15.7.94; SWB, 7. u. 8.7.94) -ni-

*(37)

Chinas Beteiligung an der Ausgabe der Macauer Währung ab 1995

Auf der 20. Sitzung der sino-portugiesischen Gemeinsamen Liaisongruppe zur Übergabe von Macau (1999), die vom 5. bis 9. Juli in Lissabon stattfand, haben beide Seiten eine Vereinbarung über die gemeinsame Beteiligung der Bank of China und der portugiesischen Bank of Atlantic an der Ausgabe der Macauer Währung ab dem 15. Oktober 1995 unterzeichnet.

Außerdem wurde eine Vereinbarung über den Antrag Macaus auf Mitgliedschaft in der UNESCO (United Nations Education, Scientific and Cultural Organization) und in der INA (International Navigation Association) getroffen.

Weitere Themen wie der im Bau befindliche internationale Flughafen, die Wirtschaftsentwicklung und die soziale Stabilität Macaus wurden auf der Sitzung ebenfalls diskutiert. (XNA, 13. u. 17.7.94)

In den ersten fünf Monaten d.J. stiegen die Exporte Macaus um 4,8% auf 5,1 Mrd. Patacas und die Importe um 3% auf 6,6 Mrd. Patacas. Damit wies die Handelsbilanz ein Defizit von 1,5 Mrd. Patacas (187,9 Mio. US\$) auf. (AWSJ, 15./16.7.94)

Im Fremdenverkehr, einem wichtigen Sektor in der Wirtschaft Macaus, hatte die Zahl der Touristen in den ersten vier Monaten d.J. mit 2,64 Mio. gegenüber dem Vergleichszeitraum vom vorigen Jahr eine Steigerung von 1,8% zu verzeichnen. (XNA, 20.7.94)

Im Februar d.J. lag die Arbeitslosenquote Macaus bei 2,8%; 40% der Arbeitslosen sind Arbeiter technischer Berufe. (XNA, 23.7.94) Offiziellen Statistiken von 1992 zufolge hat Macau 390.000 Einwohner, 97% davon sind Chinesen. (XNA, 27.7.94) -ni-

Korrektur:

Im Juni-Heft von C.a., Ü 32, S.578, Zeile 26, heißt es "2,7 Mio. individuelle Mitglieder".

Oskar Weggel

Li Peng auf Deutschlandbesuch:

Pannen und blankliegende Nerven

Vom 3. bis 9. Juli 1994 besuchte der chinesische Ministerpräsident Li Peng Deutschland - und zwar im Rahmen einer Europareise, die ihn zuerst nach Österreich geführt hatte und die dann im Anschluß nach Rumänien weiterging.

Zu Lis Begleitung gehörte seine Ehefrau Zhu Lin, ferner Vizepremier Li Lanqing und drei weitere Kabinettsmitglieder sowie die Chefs von 30 größeren chinesischen Staatsbetrieben.

1 Der politische Teil der Visite: "stille Diplomatie" und Wirtschaftsgespräche

In Bonn wurde Li mit militärischen Ehren empfangen.

Die politischen Gespräche begannen am Montag, den 4. Juli. Im Mittelpunkt standen Treffen mit Kanzler Kohl und Außenminister Kinkel, die beide eine politische Linie fortsetzten, welche sie bereits bei ihren Besuchen in der Volksrepublik China 1993 eingeschlagen hatten, indem sie nämlich auf langfristige Verbindungen, Wirtschaftsbeziehungen und "stille Diplomatie" abstellten, ohne den Gesprächspartner, den man sich ja nicht aussuchen kann, auf die Anklagebank zu setzen. Die "Menschenrechts"-Frage sollte zwar angesprochen, aber nicht, wie einige Politiker - unter ihnen vor allem Geißler und Pflüger - es forderten, in den Mittelpunkt gestellt werden.

Im Laufe des Tages kam Li Peng auch mit dem SPD-Kanzlerkandidaten Scharping zusammen, der dem chinesischen Politiker eine Namensliste verfolgter chinesischer Oppositioneller überreichte.

Am Rande des Bonner Regierungsviertels kam es vereinzelt zu Protestaktionen von Menschenrechtsgruppen. Eine Tibet-Initiative forderte z.B., die wirtschaftliche Zusammenarbeit von einer Einhaltung der Menschenrechte in China und von der Tibet-Politik Beijings abhängig zu machen.

Eine Gruppe von 26 CDU-Politikern hatte schon am Vorabend gefordert, daß es bei den Gesprächen mit Li nicht nur um wirtschaftliche Zusammenarbeit gehen dürfe. An erster Stelle müsse die Menschenrechtsfrage stehen.

Trotz dieser Zwischenfälle war Li, der offensichtlich Schlimmeres erwartet hatte, mit dem zweiten Tag seines Besuchs nicht unzufrieden - und er betonte dies, indem er darauf hinwies, daß man in Deutschland realistischer sei als in vielen anderen Ländern.

Deutlich war von Anfang an sein Widerwille zu spüren, sich auf die Menschenrechtsfrage einzulassen - nach dem Prinzip "Dialog ja, Einmischung nein".

Am 4. Juli eröffneten Kohl und Li Peng im Kanzleramt eine deutsch-chinesische Wirtschaftskonferenz, in deren Rahmen drei Abkommen über Zusammenarbeit bei der Berufsbildung, beim Ausbau von Verkehrsverbindungen (Straßen, Schienen, Wasser und Luft) sowie im Kommunikationsbereich geschlossen wurden. Bei den Gesprächen versprach Kohl, Chinas Bemühungen um Integration in die Weltwirtschaft zu unterstützen, vor allem Chinas Wunsch, in das GATT einzutreten. Beide Seiten betonten, daß es das Ziel ihrer Politik sei, zu einer langfristigen verlässlichen Partnerschaft zu kommen.

Bei der Eröffnung der Wirtschaftskonferenz am 4. 7. räumte Kohl ein, daß Deutschland die VR China für eines der dynamischsten Wachstumszentren der Welt halte und daß die Bundesregierung nicht zuletzt im Hinblick darauf ihr Asienkonzept überprüft und neu gestaltet habe. Der Asien-Pazifik-Ausschuß der deutschen Wirtschaft, der die gegenwärtige Wirtschaftskonferenz ausrichte, sei ein konkretes Beispiel für dieses Bemühen.

Im Rahmen der Wirtschaftskonferenz sollten zukunftsweisende Vereinbarungen unterzeichnet werden. Erstens gehe es um den Bereich Infrastruktur: "Neun große deutsche Unternehmen mit Weltruf" würden gemeinsam mit den zuständigen chinesischen Stellen eine Studie für ein integriertes Verkehrskonzept einschließlich der Telekommunikation erarbeiten. Damit sollten im deutsch-chinesischen Verhältnis Zeichen gesetzt werden. Zweitens solle eine gemeinsame Erklärung für eine von ihm, Kohl, angeregte Berufsausbildungsinitiative unterzeichnet werden. Das deutsche System der Berufsausbildung finde "international starke Beachtung", weil es "in hervorragender Weise die theoretische und praktische Ausbildung miteinander verbindet". Drittens solle "heute eine 'Eisenbahn'-Arbeitsgruppe gegründet werden. Nachdem wir bereits erfolgreich bei den U-Bahnen in Shanghai und seit dem letzten Jahr auch in Kanton zusammenarbeiten, geht es uns jetzt vor allem um das zukunftsweisende Vorhaben einer Schnellbahnverbindung zwischen Beijing und Shanghai. Der deutsche ICE bietet Ihnen hier die modernste Technik mit den vielfältigsten Möglichkeiten für die Modernisierung Ihrer Verkehrswirtschaft insgesamt."

Darüber hinaus sollten "heute und morgen über 40 Unternehmensverträge und Absichtserklärungen mit einem Volumen in Milliardenhöhe unterzeichnet werden. Dies

alles unterstreicht die Dynamik unserer beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen".

Bonn wolle sich auch für einen Beitritt Chinas zum GATT und zur Nachfolgeorganisation WTO stark machen.¹

Der Kanzler sprach in diesem Zusammenhang die Menschenrechtsfrage nicht an, ging darauf aber bei seinen bilateralen Gesprächen ein.²

Am dritten Tag (5.7.) kam es zu weiteren Gesprächen, u.a. mit Bundespräsident Herzog.

2 Vier Prinzipien der künftigen chinesischen Deutschlandpolitik

In einer Ansprache vor hunderten deutscher Geschäftsleute am 5. Juli präsentierte Li vier Grundsätze der chinesischen Deutschlandpolitik: (1) Wichtig sei eine vorausschauende Politik auf der Basis einer "langfristigen Freundschaft". (2) Gegenseitiges Vertrauen - trotz verschiedener sozialer Systeme, verschiedener kultureller Traditionen und verschiedener Entwicklungswege. (3) Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern auf der Basis der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit sei die mit Abstand wichtigste Komponente in den chinesisch-deutschen Beziehungen. Deutsche Firmen hätten in der Zwischenzeit in mehr als 570 Betrieben der VRCh investiert. (4) Beide Länder sollten als "bedeutende Weltmächte" ihre gegenseitigen Konsultationen und ihre Zusammenarbeit in internationalen Fragen sowie in den internationalen Organisationen stärken.³

3 Pannenabfolge im zweiten Teil der Visite

Bis dahin war alles gut verlaufen; am vierten Tag jedoch, als der Ministerpräsident stärker "mit dem Volk" in Berührung kam, setzten die Pannen und Proteste ein:

Der Tag begann mit einer Rheinfahrt auf der "MS Rüdeshheim" von Bingen nach Boppard. Auf dem Heck war für Li eigens ein Sonnenzelt aufgestellt worden, doch hatte die Besatzung darunter Stühle aufgetürmt. Also mußte der Gast die Fahrt am Bug des Schiffes in der prallen Sonne absolvieren.

Außerdem hatte man einen Fremdenführer vergessen, der den Gästen die "Rhein-Schönheiten" erklären sollte. Ein Protokollbeamter drückte dem höflich lächelnden Li statt dessen eine Karte "Rheinlauf" mit Beschreibung in die Hand. Die "MS Rüdeshheim", auf der so viele Pannen passierten, war zu dieser Zeit das wohl sicherste Schiff Deutschlands: unter der Wasserlinie von Tauchern abgesehen, von vier Polizeischiffen begleitet, am Ufer von Polizei- und Notarztwagen eskortiert - alles arrangiert unter "Alarmstufe 1". Demonstranten, die sich eingefunden hatten, waren abgedrängt worden. Ihre "Mörder"-Rufe wehten nur leise herüber.

In Bingen wurde der Gast von der dortigen Weinkönigin begrüßt.

Am Nachmittag flog Li nach Berlin. Bereits vor dem Hotel Lis war es zu Demonstrationen gekommen. Zum offiziellen Empfang im Schloß Charlottenburg erschien Li eine Stunde zu spät. In seiner Rede ließ Bürgermeister Diepgen "wegen der verlorenen Zeit" aus seinem ursprünglichen Manuskript eine Passage über die Menschenrechte entfallen. Vermutlich hatte Li aber auf der Streichung bestanden, bevor er bereit war, sich im Schloß Charlottenburg einzufinden.

Etwa zur gleichen Zeit auch hatte Li bereits den für den 8. Juli geplanten Besuch beim Oberbürgermeister von München abgesagt; es war dem chinesischen Gast zu Ohren gekommen, daß dort besonders kräftig auf die Menschenrechtsfrage gepocht werden sollte.

Am Donnerstag, den 7. Juli, sollte Li gemeinsam mit Diepgen das Brandenburger Tor durchschreiten. Dort hatten sich jedoch lange vor Beginn der Veranstaltung bereits 200 Demonstranten versammelt, die Transparente mit Aufschriften wie "Li Peng - Schlächter vom Tiananmen" und "Mörder" trugen. Als Diepgen am Brandenburger Tor erschien, wurde er mit einem Pfeif- und Sirenenkonzert empfangen. Auf seine Veranlassung ging die Polizei gewaltsam gegen die Demonstranten vor und nahm ihnen mehrere Transparente ab.

Dies alles sollte freilich gänzlich überflüssig gewesen sein, denn Li sagte - zum maßlosen Erstaunen Diepgens - den Brandenburg-Termin ab und flog nach Weimar weiter; eine solche Brückierung hatte es bis dahin noch bei keinem Staatsbesuch in Berlin gegeben.

Die Demonstranten am Brandenburger Tor feierten die Absage als "Sieg" - so wenigstens drückte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Gert Weißkirchen aus. Bärbel Boley, eine Symbolfigur der DDR-Bürgerbewegung, meinte, Li Peng habe das Symbol der Überwindung der deutschen Einheit nicht geschändet.

In der Goethe-Stadt Weimar wurde Li von mehreren hundert Demonstranten mit Pfiffen und Transparenten empfangen. "Keine Dichter und Denker für Richter und Henker" hieß es auf einem der Plakate. Im Goethe-Haus weigerte sich Li, eine Rede des Präsidenten der Stiftung "Weimarer Klassik", Bernd Kauffmann, anzuhören. Kauffmann hatte zu Beginn seiner Ausführungen gesagt: "Dieses Haus ist ein steingewordenes Zeugnis der deutschen Klassik, eines Denkens und einer Haltung, die der Würde, der Freiheit und der Unverletzlichkeit der Person aufs tiefste und höchste verbunden ist." Daraufhin hatte Li die Rede unterbrochen und erklärt, er wolle sich den Ort ohne Erklärungen anschauen. Nach Verlassen des Goethe-Hauses forderte Li die Gastgeber auf, Weimar von den Demonstranten zu räumen. Als diese Forderung nicht erfüllt wurde, reiste er unverzüglich nach München weiter.

Der Besuch in der bayerischen Landeshauptstadt begann weitgehend störungsfrei. Ministerpräsident Stoiber empfing Li am Flughafen. Bei der Autofahrt in die Stadt gab

es eine erste Unterredung, die "in guter Atmosphäre" verlief, obwohl auch Stoiber nicht auf Menschenrechtskommentare verzichten wollte. Am Abend wurde Li von Stoiber in der Münchener Residenz empfangen, vor der sich bereits - wieder einmal - rd. 100 Demonstranten versammelt hatten.

Einen für den nächsten Tag geplanten Besuch im Münchener Rathaus hatte Li vorsichtshalber bereits von Berlin aus abgesagt, nachdem Bürgermeister Uhde (SPD) angekündigt hatte, auch er wolle die Menschenrechtsverletzungen in China ansprechen.

Der Freitag (8.7.) begann mit Firmenbesuchen. Li fuhr am Vormittag mit einer Eskorte von 20 Personenwagen und drei Bussen ins Entwicklungszentrum der Firma Siemens (Mikroelektronik, Kernenergieanlagen) in Neu-perlach und besuchte anschließend die Firma DASA in Ottobrunn.

Während dieser Zeit kam es wiederum zu Protesten von Tibet-Initiativgruppen auf dem Marien-Platz und von Angehörigen der Autonomen Szene, die u.a. ein Schild "Mörder" mit sich trugen, das ihnen mit der Begründung abgenommen wurde, dies sei eine Beleidigung für den Staatsgast.

Unterdessen kam es zur Unterzeichnung mehrerer Abkommen der VR China mit Siemens, DASA und MAN. Gegenstand der Siemensverträge waren Joint Ventures, Finanzvereinbarungen und Absichtserklärungen im Gesamtwert von fast 6 Mrd. DM, in deren Mittelpunkt Kraftwerksvorhaben stehen.

Die Daimler-Benz-Tochter DASA gründete mit der CASC (China Aerospace Corporation) eine gemeinsame Satellitengesellschaft "EurasSpace - Gesellschaft für Raumfahrttechnik mbH" mit Sitz in München, an dem die beiden Unternehmen zu je 50% beteiligt sind. Die MAN-Nutzfahrzeuge AG. München schloß mit dem chinesischen Automobilhersteller China National Heavy Duty Truck Corporation (CNHDT) in Jinan einen Großauftrag über den Bau von Omnibus-Fahrgestellen ab. Der Vertrag sieht MAN-Lieferungen in Höhe von rd. 200 Mio. DM vor. Die Laufzeit des Abkommens beträgt 10 Jahre.

Verträge wurden auch mit ASEA Brown Boveri AG, Mannheim, unterzeichnet, und zwar Absichtserklärungen über fünf Großprojekte im Kraftwerksbereich und ein Joint Venture in der Verkehrstechnik, sowie mit der Linde AG, Wiesbaden, über eine Reinstwasserstoff-Gewinnungsanlage für ein Stahlwerk in Shanghai.

Am Nachmittag des 8. Juli sollte Li Peng noch einen typischen bayerischen Bauernhof besuchen und eine Rundfahrt auf dem Tegernsee unternehmen. Da sich auf der Route aber bereits wieder Protestmarschierer angekündigt hatten, die u.a. eine Nachbildung der Freiheitsstatue mit sich führten, wie sie seinerzeit von den Studenten auf dem Tiananmen-Platz gefertigt worden war, sagte Li, der hierin bereits Routine erlangt hatte, die beiden Termine ab und setzte statt dessen seine Besichtigung bei Siemens und DASA fort.

Li Peng konnte - und wollte - offensichtlich gar nicht verstehen, warum die deutsche Regierung und die deutschen Behörden nicht imstande seien, Demonstranten in ihre Schranken zu weisen.

Bundespräsident Roman Herzog, der über diese Vorgänge bei seinem Besuch in Paris informiert wurde, kommentierte die Ereignisse mit den Worten: "Ich halte es nicht für gut, einen Staatsgast auf diese Weise zu behandeln."

Am 9. Juli reiste Li Peng von München aus nach Bukarest weiter.

4 Schaden die Zwischenfälle den deutsch-chinesischen Beziehungen?

Im Anschluß an den Besuch ist immer wieder die Frage gestellt worden, ob die traumatische Begegnung Li Pengs mit Teilen der deutschen Bevölkerung den beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen, nicht zuletzt aber auch dem regierungsoffiziellen Kurs eines "Wandels durch Annäherung" schaden könne.

Li Peng selbst verneinte diese Frage, indem er in einer Botschaft an Kanzler Kohl am 9. Juli feststellte, daß seine Visite in Deutschland "fruchtbar" gewesen sei. Seine Gespräche mit deutschen Politikern und Wirtschaftsvertretern hätten ihn in der Überzeugung bestärkt, daß zwischen beiden Ländern gemeinsame Interessen nicht nur heute, sondern auch in Zukunft bestünden. Eine wachsende Annäherung zwischen beiden Seiten liege im "fundamentalen Interesse beider Völker".

Dutzende von Regierungsabkommen und Unternehmensverträgen mit einem Gesamtwert von 3,5 Mrd. US\$ seien während seines Besuches zwischen den beiden Ländern abgeschlossen worden.⁴

Auch die *Volkszeitung*⁵ sprach sich euphorisch über die "tiefgreifende Bedeutung" der Li Peng-Visite in Europa aus.

Die optimistischen Abschlusserklärungen der Medien, d.h. sowohl der Xinhua-Berichte als auch der RMRB-Kommentar, sind darauf zurückzuführen, daß Li zu Hause den außenpolitischen Erfolg *braucht*: er ist unpopulär und er hat Feinde, die über außenpolitische Mißerfolge - vorsichtig ausgedrückt - nicht gerade betrübt wären. U.a. wurde dem Ministerpräsidenten 1993 ein anderer Spitzenpolitiker, Zhu Rongji, in Fragen der Wirtschaft "vor die Nase gesetzt".

Lis hauptsächlichlicher Einflußbereich scheint inzwischen nicht mehr bei der Wirtschaft - und schon gar nicht beim Militär - zu liegen, sondern in der Außenpolitik. Es wäre seiner politischen Stellung wohl kaum gut bekommen, hätten sich bei seinen Konkurrenten die Pannen und Mißverständnisse beim Europa-Besuch herumgesprochen.

Vertreter der deutschen Wirtschaft, vor allem aber der Firmen Siemens und DASA, sind davon überzeugt, daß die bereits unterzeichneten Verträge keinen Rückschlag

erfahren könnten. Nicht ganz sicher sind sich Wirtschaftsvertreter allerdings darüber, ob nicht bei künftigen Überlegungen die schlimmen Deutschland-Erfahrungen negativ zu Buch schlagen könnten. In diesem Sinne beispielsweise äußerte sich der frühere BDI-Präsident Heinrich Weiss, der den Arbeitskreis China des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft leitet.⁶

Eine Beurteilung muß hier differenzierend vorgehen: Erstens einmal sollte darauf hingewiesen werden, daß Deutschland in Europa zwar nach wie vor Chinas weitaus wichtigster Handelspartner ist, daß es aber im bilateralen Außenhandel nach wie vor rote Zahlen in Milliardenhöhe schreibt. 1989 hatte China mit seinem Deutschland-Handel beispielsweise Überschüsse in Höhe von 1,1 Mrd. DM erzielen können, 1990 waren es 3,8 Mrd., 1991 sogar 7,5 Mrd., 1992 5,9 Mrd. und 1993 immer noch 4,1 Mrd.⁷ Es ist also die chinesische Seite, die vom deutsch-chinesischen Handel hauptsächlich profitiert.

Zweitens beginnt sich der Handel mehr und mehr zu regionalisieren, sich also in Handelsströme aufzuzweigen, auf die die Zentrale in Beijing nur noch marginalen Einfluß hat. Allerdings bleiben von der Zustimmung der Regierung - und damit letztlich auch derjenigen Li Pengs - die großen Infrastrukturprojekte und überhaupt fast alle jene Großvorhaben abhängig, an denen die deutschen Großfirmen am meisten interessiert sind. Nur in *diesem* Bereich werden sich Regierung und Firmen um eine Dämpfung jener "schlechten Eindrücke" bemühen müssen, die Li Peng in Deutschland hat gewinnen müssen.

Außerdem dürfte Li von der chinesischen Botschaft in Bonn u.a. längst darüber "aufgeklärt" worden sein, daß es immer nur 200 oder 300, manchmal sogar nur ein oder zwei Dutzend "Aktivisten" waren, die den Protest vorgebracht haben - und daß die brüskten Reaktionen Lis deshalb ganz gewiß überzogen waren; immerhin hatte er die offiziellen Gastgeber gleich viermal vor den Kopf gestoßen, nämlich in Berlin-Charlottenburg, am Berliner Brandenburger Tor, in Weimar und dann schließlich durch die Absage der offiziellen Besuchstour durch Oberbayern.

Mit seinem Verhalten bewies Li Peng erneut, daß ihm die Spielregeln westlicher Demokratien - mit all ihrem "chaotischen" Beiwerk - nach wie vor offensichtlich völlig unverständlich sind. In seiner Vorstellungswelt hat alles organisiert und geregelt zu sein - notfalls auch ein Protestaufmarsch. Auch seine Aufforderung an Regierungsvertreter in Thüringen, den Demonstranten das Handwerk zu legen, zeugte nicht gerade von Einfühlungsvermögen!

Anmerkungen:

- 1) *Bulletin der Bundesregierung* vom 15.7.1994, Nr.67, S.641.
- 2) Ebenda, s.641 f.
- 3) XNA, 6.4.94.
- 4) XNA, 10.7.94.
- 5) RMRB, 14.7.1994, S.1.
- 6) VDI-Nachrichten, 15.7.94.
- 7) Dazu ausführlich Margot Schüller, "China-Boom in Deutschland", C.a., Juni 1994, S.580-588, hier 581.